

Neues zum Auwald Wehringen. Die Erschließung verzögert sich

Zu Anfang des Jahres 2023 hatte die Gemeinde Wehringen die Bestätigung erhalten, dass die für ihr geplantes „Gewerbegebiet Hoechst“ vorgesehene Waldfläche frei von Altlasten sei, und sogleich über die Faschingstage die 4 Hektar roden lassen. Starker Polizeischutz sollte Proteste aus der Bevölkerung verhindern. Nachdem die sommerlichen Unwetter große Schäden in den stehengebliebenen, nunmehr aber dem Wind schutzlos ausgesetzten Randstreifen angerichtet hatten, wurden auch große Teile der eigentlich zum Erhalt vorgesehenen Biotope plattgemacht.

Auf die anwaltlich vorgetragene Beschwerde des BUND Naturschutz hin forderte das Landratsamt Augsburg die Gemeinde Wehringen auf, Ersatz für die Zerstörung der Biotope zu leisten. Bis dato hat der Anwalt dazu keine Antwort erhalten; daher ist davon auszugehen, dass der vorgelegte Plan der Gemeinde noch im Stadium der Prüfung ist. Bürgermeister Nerlinger jedenfalls äußerte sich im September gegenüber der Presse diesen Sachverhalt etwas verschleiern, „dass weitere Maßnahmen geplant seien, aber die Gemeinde noch auf die Genehmigung durch das Landratsamt warte“.

Ursprünglich sollten im Frühjahr 2024 die verkehrstechnischen Erschließungsarbeiten auf der gerodeten Waldfläche beginnen. Bei den Vorarbeiten stellte sich jedoch heraus, dass im Boden in 1 bis 2 Meter Tiefe Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg lagerten – offenbar Blindgänger von Fliegerangriffen. Die Säuberung der Fläche von diesen Rückständen gestaltete sich aufwendig, eine Spezialfirma musste dafür besondere Ortungsgeräte einsetzen, bevor die Wurzelstöcke entfernt werden konnten. Besonders gefährlich war der Fund zweier nicht explodierter jeweils 20 Pfund schwerer amerikanischer Splitterbomben vom Typ FRAG 20 LB, wie sie zur Bekämpfung lebender Ziele meist in Sechserpacks abgeworfen wurden. Bei der Entfernung der Zünder wurde die ganze Waldstraße abgesperrt. Wie Bürgermeister Nerlinger im Juni gegenüber der Presse erklärte, vermutet man noch weitere Sprengstoffreste auf dem Gelände, daher sei der Zutritt weiter strengstens verboten (auch wenn der Zaun mittlerweile geöffnet ist). Weitere Entsorgungsprobleme bereiteten erhebliche Mengen von Elektroschrott und Bauschutt. Planmäßig soll der Verkauf der Parzellen an die Bewerber Anfang 2025 beginnen. Der Bürgermeister geht von einem großen Interesse an den Flächen aus.

Für uns Bürger*innen wirft das Verhalten der Gemeinde Wehringen gewisse Fragen auf. Warum tauchen jetzt noch kontaminierte Gegenstände im Boden auf, wenn die Fläche doch aus dem Altlastenkataster entlassen wurde? Offenbar wurde sie unzureichend untersucht. Das Altlastengutachten bezieht sich nur auf mögliche Rückstände aus der Sprengstoffproduktion.

Auch im Bebauungsplan steht kein Wort zu der Möglichkeit des Vorhandenseins von Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg. Dass das Gelände, wie jetzt berichtet, im Krieg Ziel von Bombenangriffen war, konnten doch vor 20 Jahren, als der erste Plan erstellt wurde, noch viele Zeitzeugen berichten! Laut der Schwabmünchner

Allgemeinen vom 7.6.24 „wurde von Anfang an mit einer Belastung des Geländes durch Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg gerechnet“. Wieso kommt diese Aussage erst durch Nachfragen der Presse an die Öffentlichkeit? Wieso hat der Bürgermeister, wenn mit der Gefahr zu rechnen war, zwar ein Betretungsverbot verhängt, aber schwere Holzerntemaschinen auf dem Gelände herumfahren lassen? Man mag sich nicht ausdenken, was da hätte passieren können! Werden wir Steuerzahlende jemals eine transparente Bilanzierung der Kosten vorgelegt bekommen?

Das Gewerbegebiet wird kommen. Mit der Entscheidung, einen vor über 20 Jahren gefassten Bebauungsplan wieder aufzugreifen, hat die Gemeinde Wehringen Ökonomie vor Ökologie gesetzt. Mit dieser anachronistischen Politik steht sie in Bayern leider nicht allein. Eigentlich sollte nach den Dürren, Stürmen und Hochwassern der letzten beiden Jahre klar sein, dass wir so nicht mehr weitermachen können. Die andernorts vorgenommenen Ersatzpflanzungen werden erst in vielen Jahren die ökologische Leistung des ausgewachsenen Waldes erbringen und gleichen den Nachteil für die unmittelbar anwohnenden Menschen der Siedlung nicht aus. Der Idee, sie durch ein Hackschnitzelkraftwerk auf dem Gelände mit Fernwärme zu versorgen, ist mit Skepsis zu begegnen.

Peter Roth, Ortsgruppe Bobingen